

Flucht und Migration – Friedbergs Rolle als Kreisstadt

Die Stadt Friedberg als Kommune spielt keine große Rolle, aber der Kreis und das Land:

Das war aber mal anders

Zunächst: Über die Fluchtursachen wissen wahrscheinlich alle hier Anwesenden gut Bescheid: Grob gesagt: Autoritäre Regime und in immer größeren Maße der Klimawandel, der den Menschen Land und Wasser abgraben und so ein Überleben in Teilen des Heimatlandes unmöglich machen. Viele Binnenflüchtlinge.

Wir halten diese Wahrheit für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen wurden, dass sie unveräußerliche Rechte haben, wozu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören, steht sinngemäß so in der amerikanischen Verfassung. Diese Rechte versucht man Flüchtlingen zu nehmen, indem man sie als illegale Migranten bezeichnet. Dabei hat jeder nach unserem Grundgesetz das Recht, Asyl zu beantragen. Dieses Recht ist entstanden aus den schlimmen Erfahrungen, die Flüchtlinge aus Deutschland während der faschistischen Gewaltherrschaft in Deutschland gemacht haben und als sie kein Land aufnehmen wollte.

Der Kreis betreibt verschiedene Unterkünfte in Friedberg und eine Erstaufnahmeeinrichtung. In die Erstaufnahmeeinrichtung (KEAE) des Kreises kommen zunächst die dem Kreis zugewiesenen Flüchtlinge, werden dort mit Ausweisen, Bankkonto und weiteren behördlich notwendigen Dingen ausgestattet, bevor sie von dort in die vom Wetteraukreis betriebenen Unterkünfte in den Kommunen oder, in einzelnen Kommunen selbst verwaltete Unterkünfte überstellt werden.

Hier die Zahlen der dem Kreis zugewiesenen Flüchtlinge:

Flüchtlinge im Wetteraukreis und FB:

Jahr	Gesamt	Ukraine	Weltflüchtlinge
2021	590	--	590
2022	4898	3742	1156
2023	2609	1108	1001
2024 Halbjahr 1	716	487	229

In Friedberg leben etwa 1000 Flüchtlinge in KEAE und Kreisunterkünften. Hinzu kommen die Bewohner*innen der Landeserstaufnahmeeinrichtung.

Eine gute Zusammenfassung der Lage 2024 hat Jutta Rippegather im März dieses Jahres in der FR gegeben:

Hessen: Zwei Jahre in der Erstaufnahme

Stand: 04.03.2024, 16:42 Uhr

Von: [Jutta Rippegather](#)

Die Regelung für Geflüchtete mit geringer Bleibeperspektive sich geändert. Sozialverbände schlagen Alarm

In Hessen soll es zwei Klassen von Asylsuchenden geben: Für die erste Gruppe ändert sich nichts. Sie wird nach der Registrierung und weiteren Formalitäten möglichst bald zu Unterbringung in Kommunen geschickt. Die andere bleibt bis zur Entscheidung über den Asylantrag in einer der Erstaufnahmeeinrichtungen. Entscheidend sind weder die Ursachen

für die Flucht noch dass es sich um Minderjährige handelt. Ausschlaggebend ist einzig und alleine, ob sie aus einem von Deutschland offiziell erklärten sogenannten sicheren Herkunftsland stammen.

Mehr sichere Herkunftsländer

Aktuell fallen neben der EU zehn weitere Staaten unter diese Rubrik: **Georgien, Ghana oder Mazedonien, zum Beispiel. Republik Moldau, Senegal, Serbien.** Geht es nach der neuen hessischen Landesregierung, soll die Liste möglichst bald länger werden. CDU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, sich dafür stark zu machen: „Im Bundesrat werden wir eine Initiative zur Ausweitung sicherer Herkunftsländer einbringen.“ **Alle Staaten mit einer Anerkennungsquote von weniger als fünf Prozent sollten künftig im Sinne des Asylgesetzes unter diese Rubrik fallen.**

Auf der Flucht

In den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes lebten am Montag, 4. März, insgesamt 3374 Personen – davon etwa 61 Prozent männlich und 39 Prozent weiblich. Ein Drittel sind Kinder. Die Auslastung sei „moderat“, heißt es aus dem Sozialministerium.

Die Hauptherkunftsländer der Bewohner:innen sind Afghanistan (33 Prozent), Ukraine (18 Prozent), Türkei (9 Prozent), Syrien (7 Prozent), Albanien (5,9 Prozent), Nordmazedonien (3,3 Prozent), Somalia (3,2 Prozent), Iran (2,1 Prozent), Serbien (2 Prozent) sowie Algerien (1,6 Prozent).

Neun Standorte betreibt die hessische Erstaufnahmeeinrichtung, für die das Regierungspräsidium Gießen zuständig ist. Die weitaus meisten Personen (1605) waren am Montag in Gießen untergebracht. Der zweitgrößte Standort ist die Notunterkunft Alsfeld (519). Die Belegung in Darmstadt: 179 in den Kelley Barracks, 145 in der Starkenburgkaserne. In Friedberg leben 191 Personen, in Fuldata-Rothwest 192, in Neustadt 180, in Büdingen 187, in Bad Arolsen 176. Hinzu kommt die Außenstelle am Flughafen Frankfurt mit aktuell 19 Personen. jur

Verbände schlagen Alarm

Dies ist nur ein Beispiel für die neuen Zeiten in der hessischen [Migrationspolitik](#). Vor allem die Union glaubt, damit eine härtere Gangart demonstrieren und dadurch punkten zu können. Dazu gehört die Debatte um die **Bezahlkarte** statt Bargeldauszahlung. Die offizielle Ausschreibung für die 14 beteiligten Bundesländer ist am 22. Februar erfolgt. Letzte politische Widerstände sind seit Freitag beseitigt. Die Wiesbadener Koalitionäre haben sich auch auf schnellere Abschiebungen verständigt, auf „**Rückführungszentren**“ wie in Bayern.

Die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Friedberg nahm ab März 2022 in Friedberg ihre Arbeit auf, als Außenstelle von Gießen. Sie war ursprünglich für 800 Personen, dann für 1000, ausgelegt. Jetzt ist die Frage, ob noch erweitert wird. Gebäude dafür sind bereits angemietet worden. Sie ist autark, das heißt, sie nimmt keine soziale Infrastruktur Friedbergs in Anspruch, außer in Notfällen das Krankenhaus. Alle sozialen Dienste und die Essensversorgungen werden von der HEAE selbst bereitgestellt, ärztliche Betreuung sowie Schule und Kita.

Die HEAE Büdingen arbeitet seit 2014, nach 10 Jahren Mietvertrag wurde der Betrieb jetzt nochmal um 5 Jahre verlängert. Sie ist für ca. 800 Menschen ausgelegt.

Friedberg und Büdingen werden wegen der HEAEs dort keine Weltflüchtlinge zugewiesen, wegen der HEAEs.

Seit 2022 kamen allerdings die geflüchteten Ukrainer*innen auch nach Friedberg und Büdingen. Sie haben keinen Asylantragsstatus, sondern sind sofort anerkannt und erhalten Hartz IV. Die meisten sind privat untergekommen, in Friedberg ca. 400 + 40 in städtischen Unterkünften.

Zum Ehrenamt:

Es gab ein Großes ehrenamtliches Engagement in Deutschland nach Frau Merkels Aussage: „Wir schaffe das“ und es entstand die Willkommenskultur, erst bei den ehrenamtlich arbeitenden Bürger*innen, nach und nach aber auch in Ämtern und Behörden.

Von Friedberg aus kam es zur Gründung der AG-Flüchtlingshilfe, nach dem Arbeitskreis Flüchtlinge, der schon seit Ende der 90er wegen der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien von Peter Nickel (ev. Dekanat) und Johannes Hartmann gegründet wurde. Die AG-Flüchtlingshilfe wurde gegründet von Wolfgang Dittrich vom Dekanat ev. Kirche, Johannes Hartmann vom Internationalen Zentrum Friedberg, Hartmut Goeb von der Caritas und Flüchtlingshelfer*innen aus Friedberg und weiteren Wetterauer Kommunen.

Ziel der AG war, die Willkommenskultur im Wetteraukreis zu etablieren, und die Verwaltungen von Städten und dem Wetteraukreis mit einzubeziehen sowie die in allen Kommunen des WK entstandenen Flüchtlingsvereine und Runde Tische zu vernetzen. Auch in Friedberg entstand ein Runder Tisch in Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden, Caritas und dem ev. Dekanat Wetterau West. Hier ist besonders die engagierte Pfarrerin Susanne Domnik zu erwähnen, die sich sehr um die Integration von Flüchtlingen und Helferin in Notsituationen verdient gemacht hat und das Kirchenasyl in Friedberg organisiert hat.

Der Runde Tisch lief sehr gut, in Friedberg kamen teilweise 100 Teilnehmer*innen zu den Sitzungen, regelmäßigen Planungstreffen, Einwerbung von Spenden (20.000 Euro) und Integrationsangeboten in vielen Bereichen: Fahrradwerkstatt, Nähstube, ehrenamtliche Sprachkurse, wöchentliche Beratungsangebote im 5-Finger-Treff, teilweise parallel zu den Hartz IV Beratungen im Büro der LINKEN, Kennenlernen der Stadt durch Führungen, Sammeln und Verteilen von Kleiderspenden sowie Vermittlung von Möbeln (mit Transport) usw. Eine Broschüre in verschiedenen Sprachen mit Hilfsadressen und Angeboten wurde erstellt und auch von der Stadt an Angekommene verteilt. Die Stadt schuf eine Stabsstelle Flüchtlinge mit Herrn Kopsch, mit dem die Ehrenamtlichen auf Augenhöhe zusammenarbeiten konnten. Dazu fanden einmal monatlich gemeinsame Treffen statt, auf denen alles besprochen wurde. Die Stadt Friedberg bezahlt die Sprachlernbücher bis heute. Da ist inzwischen eine stattliche Anzahl zusammengelassen. Ehrenamtliche hatten Zugang zu allen Unterkünften und nutzten diese auch zur Unterstützung von Flüchtlingsfamilien. Gemeinsam mit Flüchtlingen wurde je ein Fest für die Flüchtlinge aus den Hauptherkunftsländern organisiert, woraus sich viel an gegenseitiger Wertschätzung entwickelte.

All das ist heute nicht mehr möglich. In Friedberg gibt es nur noch die Fahrradgruppe, immerhin 4-5 Sprachkursgruppen und ein 14 tägig stattfindendes „Café International“ im KreaHaus. Die Sprachkurse finden 4 x in der Woche statt und die Fahrradgruppe einmal in der Woche Montagabends. Beide müssen aber wieder um ihren Raum bangen, weil die „Alte Post“ und ihre Remise in der Mainzer Toranlage 8 zur Renovierung oder zum Verkauf anstehen. Hier sollten unbedingt neue Möglichkeiten geschaffen werden, denn die Nachfrage nach den Angeboten ist immer noch sehr hoch.

Das IZF hat den Runden Tisch und die AG-Flüchtlingshilfe seit der Gründung personell und mit Initiativen unterstützt, auch in Zusammenarbeit mit der Antifabi. So z.B. im Vorfeld der Eröffnung der HEAE Büdingen, wo es von Seiten der NPD eine großangelegte Hetzkampagne gab.

In der AG-Flüchtlingshilfe wurde eine „NGO-Steuerungsgruppe“ ins Leben gerufen, um die weitere Entwicklung der AG nach den Bedürfnissen der Flüchtlinge und der Ehrenamtlichen strategisch zu planen. Dabei ging es meist um Bitten und Forderungen an die Kreisspitze (Landrat und erste Kreisbeigeordnete). Das hätte in Zusammenarbeit mit den Behörden nicht funktioniert, da diese

keine eigenen politischen Initiativen hätten entwickeln dürfen. Die Übertragung hat aber immer gut geklappt, ohne dass sich die Mitarbeiter*innen der Behörden bevormundet gefühlt hätten.

Zwischenzeitlich hat dann der Kreis wieder die Unterbringung der Flüchtlinge übernommen, zwar ebenfalls in den Kommunen, aber in eigenen bzw. angemieteten Unterkünften, da die Flüchtlingszahlen erheblich zurückgegangen waren. Dann im Jahr 2022, als die Zahlen wieder stiegen und die Ukrainer*innen mit etwa 1 Million Menschen hinzukamen, wurden die Kommunen wieder gefordert. Sie mussten dem Kreis Häuser und Unterkunftsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, manchmal auch auf Sportplätzen oder wieder in Turnhallen, wie 2015 schon einmal. Das stieß jetzt teilweise auch schon auf böses Blut in der Einwohnerschaft verschiedener Kommunen. Viele der Ukrainer*innen kamen privat in den Kommunen unter, denn sie erhielten gleich den Status als anerkannte Flüchtlinge und konnten ihre Niederlassungsort selbst wählen. Diejenigen, die keine private Unterkunft fanden, wurden in kommunalen Unterkünften untergebracht, für deren Betrieb die Kommunen die Verantwortung hatten. Die jetzt sogenannten „Weltflüchtlinge“ (Flüchtlinge aus allen Ländern außer der Ukraine) brachte der Kreis selbst unter, allerdings in eigenen Unterkünften in den Kommunen.

Anfangs hatte die AG einen schweren Stand mit ihrer Arbeit und ihrer Anerkennung beim Kreis und bei den Ämtern. Das änderte sich nach der 1. von der AG vorgeschlagenen Wetterauer Flüchtlingskonferenz. Da wurde ganz deutlich, dass städtische Ämter, Kreisämter, Arbeitsamt und Jobcenter sich gegenseitig die Verantwortung für bestimmte bürokratische Vorgänge zuschusterten und die Flüchtlinge sowie ihre Helfer*innen wie beim „Hauptmann von Köpenick“ hin und her geschickt wurden. Für die neuen Herausforderungen durch die steigenden Flüchtlingszahlen gab es noch keine Verantwortungsstrukturen. Dass dies nicht zielführend war, wurde allen klar und so half die AG Flühi auch dabei, die Vernetzung der verschiedenen Ämter im Bereich Flüchtlinge voranzutreiben. Die Flüchtlingskonferenz verabschiedete eine Erklärung, in der Willkommenskultur groß geschrieben wurde und die auch in weiten Teilen im Laufe der Zeit umgesetzt werden konnte. Dort wurde auch der Bau von neuen, bezahlbaren Wohnungen gefordert, für Flüchtlinge und Einheimische mit kleinem Budget. Das ist eine Leerstelle, die bis heute nicht gefüllt wurde. Und so leben heute noch viele anerkannte Flüchtlinge in Wohnheimen, aus denen sie längst hätten ausziehen müssen. Sie finden einfach keine Wohnung, vor allem, wenn sie Farbige sind. Wenn sie arbeiten, müssen sie weit über dem normalen Mietspiegel für ihre Unterkunft bezahlen, oft ein mit anderen geteiltes Zimmer. Das ist eine unhaltbare Situation, die Integrationsbemühungen zuwider läuft. Denn da bleibt von dem Verdienten im Vergleich zum Hartz IV Satz nicht viel übrig. Außerdem: Integration bedeutet auch, sich zu Hause zu fühlen und das kann man nicht in einem Wohnheim, dazu braucht man eine Wohnung. Dem Argument, dass die einfachere Vermietung an Ukrainer*innen eine Form von Rassismus sei, wurde entgegnet, dass diese Flüchtlinge den einheimischen Deutschen einfach „kulturell näher“ stünden.

Wir können festhalten, dass in dieser Zeit viel Integration funktioniert hat, durch die Unterstützung der Ehrenamtlichen, aber auch durch die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt und Behörden. Berichtet wurde darüber leider nur hier und da mal.

Mit der Verstetigung des Zuzugs von Flüchtlingen kam das Gefühl der Überforderung bei Kreis und Kommunen und ergänzte sich mit der Hetze gegen Flüchtlinge und dem Erstarken der AfD zu einer Abkehr von der Willkommenskultur. Um dem entgegenzuwirken setzte sich die AG Flühi für eine zweite Flüchtlingskonferenz ein. Dort hofften wir darauf, eine gemeinsame Strategie gegen Hetze und Rechtsextremismus zu entwickeln. Kurz vorher hatte Landrat Weckler allerdings mit anderen Kreisen und Kommunen einen „Brandbrief“ zur Begrenzung der Flüchtlingsaufnahme an Land und Bund geschrieben. So wurde diese 2. Konferenz eher als Offenlegung der Überforderung auf allen staatlichen Ebenen genutzt und es gingen keine positiven Impulse mehr von ihr aus.

Auch die Zahl der ehrenamtlichen war im Laufe der Jahre mehr und mehr gesunken. Flüchtlingsvereine und Runde Tische in den Kommunen lösten sich auf und nur Einzelkämpfer*innen blieben übrig. Der Runde Tisch in Friedberg besteht noch, ich bin nach wie vor der Vorsitzende der

Steuerungsgruppe, lade aber momentan nicht mehr ein, weil nur noch die kommen, die ohnehin gut vernetzt sind und weil es auch kaum Entscheidungen zu treffen gibt. Der Versuch, eine Unterstützungsgruppe in der HEAE in Friedberg zum Laufen zu bringen, ist fast abgestorben, was aber auch an der Fluktuation bei den Flüchtlingen dort liegt.

Die Zusammenarbeit zwischen Jobcenter, Fachstelle Migration und Ausländerbehörde mit der AG hat sich im Laufe der Zeit gut etabliert. Früher war der Leiter des Fachbereichs 3 der Kreisverwaltung und damit zuständig für die ABH, ein Herr Meis. Dazu gehörten Ordnungsrecht und Gefahrenabwehr. Und so sah Herr Meis auch die ABH als Kontrollinstanz über das Aufenthaltsrecht. Daher kam es früher schon zu schwerwiegenden und teils rechtswidrigen Entscheidungen der ABH gegenüber Flüchtlingen und Ausländern. Diese führten mehrfach zu größeren Demonstrationen gegen die ABH und hier und da auch zu Erfolgen für die Betroffenen. Das ist heute viel besser geworden.

Die Lage heute: In einem dialektische Prozess des sich gegenseitig Hochschaukelns hat sich aus der Willkommenskultur ein Flüchtlingsabwehrkampf entwickelt. Die Fluchtursachen, die man früher auch bekämpfen wollte und die sich weiter verstärkt haben durch die Machtübernahme autoritärer Herrscher und den Klimawandel, interessieren nicht mehr. Bildzeitung, asoziale Medien und Rechtsextreme und Faschisten, am wirkungsvollsten die AfD und weiteren Organisationen haben die bestehenden und zum Teil selbst produzierten Probleme so hochgeschaukelt, dass die politischen Parteien und die Regierungen in Bund und Land die AfD rechts zu überholen versuchen in der Hoffnung, so Wählerstimmen zurückzugewinnen. Man kann sagen, aus der Geschichte nichts gelernt. Denn die Erfahrung ist: Da wird lieber das Original AfD gewählt als die Nachschwätzer aus anderen Parteien. Man erreichte nur, dass in der Mitte der Gesellschaft das bisher Unsägliche sagbar und zur Normalität gemacht wurde. Und so stärkt man die Rechten weiter und gefährdet unsere Demokratie, weil man nicht gewillt oder nicht in der Lage ist, langfristige Lösungsstrategien für Flüchtlinge zu entwickeln. Es gibt kaum noch Politiker*innen, die über eine Legislaturperiode hinaus denken und langfristige Strategien für die Lösung von Problemen entwickeln. Viele von denen, die noch Anfang des Jahres empört waren wegen der Enthüllungen über „Remigrationspläne“ der Rechtsextremen, nutzen inzwischen andere Worte für den gleichen Sachverhalt, z.B. Radikale Abschiebungen von „illegalen Einwanderern“ und Zurückweisungen an den Grenzen ohne echte Prüfung von Asylanträgen.

So hat sich in Deutschland eine Gesellschaft mit Empathie in eine Gesellschaft voll Neid und Missgunst gewandelt. Dieser Teufelskreis muss in unser aller Interesse durchbrochen werden.

Was wäre zu tun?

Bisher gibt es kaum Abwehr der Zivilgesellschaft gegen überschießende Maßnahmen wie Zurückweisungen von Asylsuchenden an der Grenze oder Abschiebungen gut integrierter Menschen. Da müssen wir etwas organisieren. Die Kasernierung von Flüchtlingen im Abschiebeknästen soll verstärkt werden, damit sie sich nicht integrieren und daher besser abgeschoben werden können. Solche Knäste müsste man im eigenen Umfeld verhindern. Ein Komitee gegen Abschiebung, an das sich von Abschiebungen Bedrohte wenden können, wäre hilfreich. So lange die Verteilung von Flüchtlingen auf alle europäischen Länder nicht funktioniert und keine gemeinsamen Standards für ihre Versorgung und Unterbringung durchgesetzt sind, sollte das desolaten Dublin II –Abkommen ganz außer Kraft gesetzt werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit gegen die Aushöhlung des Asylrechtes muss verstärkt werden. Solche Initiativen können auch durch die unterstützende Arbeit in den Parlamenten gefördert werden. So vor allem auch die Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum für Mieter*innen aus allen Teilen der Gesellschaft sowie die Entwicklung und rechtliche Absicherung eines Managements von leerstehenden Häusern und Wohnung (vor allem zu Spekulationszwecken) sowie der Tausch von zu großen Wohnungen gegen kleine, altengerechte Wohnungen.

Johannes Hartmann im Dezember 2024